

AKTIONSPLAN GEGEN ANTISEMITISMUS UND HASSKRIMINALITÄT

Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt

17. Oktober 2019

Der Anschlag auf die Jüdische Gemeinde in Halle (Saale), der folgende Angriff auf einen migrantischen Imbiss und der anschließende wahllose Mord an zwei Menschen am 9. Oktober 2019 in Halle (Saale) machen erneut deutlich: Rechter Terrorismus ist im Deutschland des Jahres 2019 eine reale und tödliche Gefahr.

Das 'Manifest' des Täters zeigt seine durch und durch antisemitische und rassistische Motivation. Daneben klingen auch frauenfeindliche Züge an. Dass er an Jom Kippur zuschlug, hatte auch damit zu tun, dass er hoffte, an diesem Tag möglichst viele Jüdinnen und Juden töten zu können.

Der Täter bewegte sich mit seiner Terrortat nicht nur nach dem Vorbild der Attentäter von Oslo, Pittsburgh und Christchurch. Der Täter dokumentiert mit seinem Text auch, dass er sich in einem „Rassenkrieg“ sieht. Als alternative Anschlagziele erwog er zudem, ein linkes Zentrum oder eine Moschee; die Synagoge bevorzugte er dann aber, weil von den Jüdinnen und Juden in seiner Gedankenwelt alles Übel ausgeht.

Die Erkenntnisse über die Motivation des Täters wiegen schwer vor dem Hintergrund unserer deutschen Geschichte. Dass Jüdinnen und Juden in der Bundesrepublik Deutschland fast 75 Jahre nach der Shoa nicht sicher leben können, muss uns alle zutiefst beschämen. Und wir erachten es als unser aller Verantwortung, der Lehre aus der deutschen Geschichte gerecht zu werden: Nie wieder!

Deshalb können wir nach dem Anschlag nicht zur Tagesordnung übergehen. Wenn Jüdinnen und Juden sich fragen, ob die Entscheidung, nach 1945 wieder in Deutschland Fuß zu fassen oder nach 1990 hierher einzuwandern, eine richtige war, haben wir alle ein Problem.

Diese Tat muss echte Konsequenzen haben. Angesichts von Mord und Totschlag durch Neonazis und angesichts der geistigen Brandstiftungen, die wir in den vergangenen Jahren von Vertretern der AfD bis hin zur Identitären Bewegung oder anderen Akteuren der neuen Rechten erlebt haben, angesichts von rechter Gewalt bis hin zum Terrorismus, geht es uns nicht mehr nur um die Verteidigung der offenen Gesellschaft. Es geht nicht nur um den notwendigen Schutz für Jüdisches Leben in Deutschland. Es geht um aktives Vorgehen gegen alle, die Demokratie und das friedliche Zusammenleben in unserem Land bedrohen. Es geht um ein Zurückkämpfen von demokratischem Raum!

Wir wollen:

Aufklärung über Antisemitismus stärken

- politische und historische Bildung in den Schulen stärken
- Lehrerinnen und Lehrer in ihrer Ausbildung und mit Fortbildungen für das Thema sensibilisieren
- zivilgesellschaftliche Präventions- und Demokratieprojekte stärken

Konsequente Strafverfolgung

- Instrumente zur Strafverfolgung ausbauen, unter anderem die Internet-Streife
- ein Meldesystem für antisemitische und muslimfeindliche Vorfälle aufbauen
- ein Schwerpunkt-Referat „Hasskriminalität“ bei einer Staatsanwaltschaft errichten
- ein/e Antisemitismus-Beauftragte/r bei der Generalstaatsanwaltschaft einsetzen
- keine Einstellung von Straftaten mit antisemitischem Hintergrund wegen Geringfügigkeit der Tat mehr

Den Ansprechpartner für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus stärken

- die Stelle eines hauptamtlichen Ansprechpartners für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus schaffen

Besserer Schutz jüdischer Einrichtungen

- Orte jüdischen Lebens konsequent polizeilich schützen
- baulichen Schutzmaßnahmen der Bedrohungslage entsprechend ausgestalten
- ein abgestimmtes Konzept aus baulichen Schutzmöglichkeiten, regelmäßigen polizeilichen Kontrollen und spezifischen Schutzmaßnahmen für Feiertage/Gottesdienste/Veranstaltungen
- eine Vereinbarung zur finanziellen Unterstützung der Gemeinden für Sicherheitsmaßnahmen abschließen

Stärkung der Polizei und Sicherheitsbehörden

- eine personell und technisch gut ausgerüstete Polizei
- prüfen, ob für den Objektschutz Tarifbeschäftigte eingestellt und eingesetzt werden können
- Der Sitz der 4. Einsatzhundertschaft der Landesbereitschaftspolizei kurzfristig von Magdeburg nach Halle (Saale) verlegen

- die Analysekompetenz des Verfassungsschutzes im Bereich Rechtsextremismus mit mehr Personal mit sozial- und politikwissenschaftlicher Expertise verstärken
- die Zusammenarbeit der Verfassungsschutzbehörde mit der universitären Forschung verstärken
- im Bereich Aus- und Fortbildung der Polizei verankern, dass Wissen über Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus stärker vermittelt wird.
- wissenschaftliche Untersuchung zum Ausmaß antidemokratischer Einstellungen unter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei in Auftrag geben

Landesprogramm für ein weltoffenes Sachsen-Anhalt fortführen

Demokratiebildung als Extremismusprävention

- Demokratiebildung in den Kitas anfangen und in Schulen weiterführen
- Programme des Landes, die für solch eine Demokratiebildung stehen, weiterentwickeln und ausbauen

Sensibilisierung von Fachkräften in Kita, Schule und Jugendarbeit

- Der Kampf gegen antisemitisches, rassistisches und rechtsextremes Gedankengut und daraus folgende Gewalttaten von Beginn an in allen Bildungsangeboten konzeptionell berücksichtigen
- das Programm "Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage" weiter ausbauen und die Übertragbarkeit auf Kitas prüfen

Medienbildung

- Medienbildung in Schulen verstärken
- Programme wie die Medienscouts ausbauen
- Medienbildung in der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte verstärken

Christchurch Call unterstützen

Aufklärung über Antisemitismus stärken

Der wirksame Kampf gegen Antisemitismus setzt ein vertieftes Verständnis dieses Phänomens voraus. Der Hass gegen Jüdinnen und Juden zieht sich seit Jahrhunderten durch die europäische und die deutsche Geschichte. Neben dem Ausgangspunkt des religiös geprägten Antijudaismus haben sich verschiedene und komplexe Formen des Antisemitismus in der Moderne entwickelt, von denen der Rassen-Antisemitismus der Nationalsozialisten eine besonders drastische darstellt. In der Nachkriegszeit konnten insbesondere Formen des sekundären und strukturellen Antisemitismus breit Fuß fassen.

Der großen Komplexität des Antisemitismus wird das Wissen über dieses Phänomen in Weiten der Bevölkerung, besonders aber auch innerhalb der Sicherheitsbehörden, nicht gerecht. Antisemitismus bekämpfen zu können, setzt voraus, diesen zu erkennen. Dies braucht zuallererst **eine entschlossene Stärkung der politischen und historischen Bildung in den Schulen. Lehrerinnen und Lehrer müssen dafür bereits in ihrer Ausbildung und durch berufsbegleitende Fortbildungen** sensibilisiert werden. Nur so werden sie befähigt, wirksame Aufklärung zu betreiben. Gleiches gilt für Einrichtungen der Jugendhilfe, aber auch für die Aus- und Fortbildung der Polizei.

Darüber hinaus werden **wir zivilgesellschaftliche Präventions- und Demokratieprojekte stärken**. Die Organisationen der Zivilgesellschaft leisten wertvolle Arbeit im Bereich der Prävention und Aufklärung, die von hohem Engagement und Expertise geprägt sind. Einsparungen an dieser Stelle verbieten sich vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse. Die Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht fest und entschlossen an der Seite all derer, die sich gegen Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus sowie rechte Gewalt engagieren! Wir wollen die Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliche Projekte der Demokratieförderung und Menschenrechtsarbeit nachhaltig verbessern.

Konsequente Strafverfolgung

Rechtsstaatlichkeit setzt voraus, dass Opfer geschützt und Täterinnen und Täter verfolgt und bestraft werden. Im Bereich des Antisemitismus und der Verbreitung rechtsextremer Ideologie entsteht zu oft der Eindruck, dass auf Hass und Hetze keine Reaktion des

Rechtsstaats folgt. Insbesondere im Netz können Rassisten, Antisemiten und andere Menschenfeinde ihren Hass und ihre Hetze zu oft ohne Folgen verbreiten. Es ist nur zu deutlich geworden, dass dieser Hass die Grundlage und Voraussetzung von mörderischen Taten wie in Halle bildet.

Das Internet darf kein rechtsfreier Raum sein, in dem antisemitische und rechtsextreme Beleidigungen und Diffamierungen bis hin zur Volksverhetzung ungestraft verbreitet werden können. **Instrumente zur Kontrolle müssen daher ausgebaut werden, unter anderem die sachsen-anhaltische Internet-Streife, bei den Polizistinnen und Polizisten Internetseiten und Foren auf Hasskriminalität durchsuchen.** Bestehende rechtliche Möglichkeiten zur Strafverfolgung wollen wir konsequent anwenden.

Zudem muss ein **Meldesystem für antisemitische und muslimfeindliche Vorfälle** aufgebaut werden. Dort, wo durch Hetze und Agitation die Schwelle der Strafbarkeit überschritten wird, müssen diese Fälle zwingend zur Anzeige gebracht und konsequent geahndet werden. Zu diesem Zweck fordert die Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, einen **Schwerpunkt-Referat „Hasskriminalität“ bei einer sachsen-anhaltischen Staatsanwaltschaft zu errichten**, um personeller Ressourcen und Expertise zur Verfolgung zu bündeln.

Analog zu Bayern soll ein/e **Antisemitismus-Beauftragte/r bei der Generalstaatsanwaltschaft** eingesetzt werden. Dieser kann als Kontaktstelle für Zweifelsfragen im Zusammenhang mit antisemitischen Straftaten agieren und soll auf eine konsequente und einheitliche Rechtsanwendung hinwirken. Bei Ermittlungen verschiedener Staatsanwaltschaften kann die/der Antisemitismus-Beauftragte die Ermittlungen koordinieren und ihre/seine Expertise sowie ihr/sein Erfahrungswissen einbringen.

Zudem wollen wir sicherstellen, dass es **bei Straftaten mit antisemitischem Hintergrund keine Einstellung wegen Geringfügigkeit der Tat mehr** gibt (sogenannte **Opportunitätseinstellung**). Ein antisemitischer Hintergrund soll im Rahmen der Strafzumessung deutlicher berücksichtigt werden. Es muss das klare Signal erfolgen, dass unsere Gesellschaft ein grundsätzliches Interesse an der Strafverfolgung antisemitischer Taten hat!

Stärkung des Ansprechpartners für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus

Das Land Sachsen-Anhalt hat seit November 2018 einen Ansprechpartner für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus. Die Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßt diesen Schritt ausdrücklich. Bisher übt der Amtsinhaber Dr. Wolfgang Schweiß seine Funktion neben seiner Tätigkeit als Referatsleiter in der Staatskanzlei aus. Wir wollen die **Stelle einer/s hauptamtlichen Ansprechpartnerin/s für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus schaffen und mit den entsprechenden personellen Ressourcen ausstatten.**

Besserer Schutz jüdischer Einrichtungen

Die Ereignisse in Halle haben gezeigt, dass eine abstrakte Gefährdung jeder Zeit in eine terroristische Gewalttat münden kann. Es muss daher sichergestellt werden, dass Synagogen und andere **Orte jüdischen Lebens konsequent polizeilich geschützt** werden. In den Schutz sind ausdrücklich alle Gemeinden – orthodoxe wie reformjüdische – einzubeziehen. Zudem müssen die **baulichen Schutzmaßnahmen der Bedrohungslage entsprechend ausgestaltet** werden. Um den Schutz wirksam zu gestalten und das Sicherheitsgefühl der Betroffenen zu erhöhen, sind die jüdischen Gemeinden selbst und die Organisationen der Zivilgesellschaft in die Analysen zur Bedrohungslage einzubeziehen. Wir erwarten ein **abgestimmtes Konzept** aus baulichen Schutzmöglichkeiten, regelmäßigen polizeilichen Kontrollen und spezifischen Schutzmaßnahmen für Feiertage/Gottesdienste/Veranstaltungen.

Dass das Land den Staatsvertrag mit dem Landesverband jüdischer Gemeinden ausgestalten und eine **Vereinbarung zur finanziellen Unterstützung der Gemeinden für Sicherheitsmaßnahmen** abschließen will, begrüßen wir.

Stärkung der Polizei und Sicherheitsbehörden

Die Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bekräftigt ihre Positionen aus dem Papier „Sicherheit gewährleisten – Den Rechtsstaat verteidigen!“¹.

Wir wollen eine **personell und technisch gut ausgerüstete Polizei**. Wir haben daher gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern die desaströse Sparpolitik mit Blick auf die Polizei beendet und uns für eine personelle Aufstockung der Polizei von Sachsen-Anhalt eingesetzt. Dieser Prozess ist seit dem Beginn der Polizeistrukturereform im Gange und wird durch uns konstruktiv begleitet. Mit Blick auf eine aktualisierte Bedrohungslage werden wir prüfen, ob für den **Objektschutz** nach Vorbild des Landes Berlin **Tarifbeschäftigte eingestellt und eingesetzt** werden können. Der **Sitz der 4. Einsatzhundertschaft der Landesbereitschaftspolizei muss kurzfristig von Magdeburg nach Halle (Saale) verlegt** werden.

Beim Verfassungsschutz wollen wir die **Analysekompetenz im Bereich Rechtsextremismus verstärken**. Dafür setzen wir auf mehr **Personal mit sozial- und politikwissenschaftlicher Expertise** sowie eine **verstärkte Zusammenarbeit der Verfassungsschutzbehörde mit der universitären Forschung**.

Die unzweifelhaft ernste Bedrohungslage darf aber nicht zu einem Abbau von Bürgerrechten und Rechtsstaatlichkeit auf Kosten der Freiheit führen. Es ist und bleibt unsere feste Überzeugung, dass **nur konsequente Rechtsstaatlichkeit Freiheit, Demokratie und Sicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger dieses Landes sichern kann!** Maßnahmen, die als Präventionsinstrumente gegen Rechtsterrorismus legitimiert aktionistisch verabschiedet werden, jedoch keine präventive Wirksamkeit erzielen, als nur in die Freiheiten aller Bürgerinnen und Bürger sowie den Datenschutz eingreifen, sind mit uns nicht zu haben.

Bei der Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit kommt Polizistinnen und Polizisten eine herausragende Rolle zu. Deshalb wollen wir auch **im Bereich Aus- und Fortbildung der Polizei verankern, dass das Wissen über Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus stärker vermittelt wird**.

¹ https://gruene-fraktion-lsa.de/fileadmin/images/dokumente/170130_GRU__NE_Sicherheit_LSA.pdf
Aktionsplan gegen Antisemitismus und Hasskriminalität, 17.10.2019

Selbst vereinzelte Fälle von antidemokratischen Einstellungen bei der Polizei sind ein Risiko für den Zusammenhalt und die Sicherheit unseres Landes. Um Klarheit über das Ausmaß antidemokratischer Einstellungen unter Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Polizei zu bekommen, wollen wir eine diesbezügliche **wissenschaftliche Untersuchung in Auftrag geben**, wie sie in Hessen bereits auf den Weg gebracht wurde.

Landesprogramm für ein weltoffenes Sachsen-Anhalt fortführen

Bereits mit dem Koalitionsvertrag haben wir Bündnisgrünen den Ausbau des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit festgeschrieben. Die Förderung dieses Programms wurde entsprechend mit den letzten Landeshaushalten erhöht. Diesen Weg werden wir weitergehen, um antisemitisches, rassistisches und rechtsextrêmes Gedankengut zurückzudrängen. Das Landesprogramm ist daher finanziell weiter zu unterstützen wie auch konzeptionell stärker auf Maßnahmen gegen Radikalisierung insbesondere im digitalen Bereich hin zu orientieren.

Demokratiebildung als Extremismusprävention

Demokratie will gelernt sein. Sie versteht sich nicht von selbst und besteht nicht von sich aus. Vielmehr ist sie jeden Tag neu mit Leben zu füllen, wenn nicht zu verteidigen. Demokratiebildung und die ernstgemeinte Beteiligung junger Menschen an politischen Entscheidungsprozessen wirkt präventiv gegenüber Radikalisierung und antidemokratischen Tendenzen. Denn wer lernt, demokratisch Entscheidungen zu fällen und Kompromisse zu schließen, lernt immer auch, andere Standpunkte anzuerkennen, andere Sichtweisen zu akzeptieren, wenn nicht gar wertzuschätzen und damit jeweils auch die Unterschiedlichkeit der Menschen anzunehmen.

Antidemokratisches, antisemitisches oder rassistisches Gedankengut ist immer orientiert auf eine größtmögliche Homogenität eines als widerspruchsfrei imaginierten Volkes. Demokratiebildung hingegen sensibilisiert für die Diversität an Lebenswelten und macht Vielfalt als bereicherndes Element erfahrbar. Denn Demokratiebildung geht immer Hand in

Hand mit Menschenrechtsbildung, da beide auf der universellen Wertgleichheit und Würde des Menschen beruhen.

Diese Art der **Demokratiebildung** beginnt bereits **in der Kita**, indem Kinder in die Gestaltung des Alltags und die Entscheidungsfindung altersangemessen einbezogen werden. Sie wird fortgeführt in **Schulen**, in denen Klassensprecherinnen und Klassensprecher als wirkliche Interessenvertretungen behandelt werden. Daher setzen wir in Schulen auf demokratische Entscheidungsfindung und halten am bündnisgrünen Konzept der Drittelparität fest, bei dem Lehrkräfte, Eltern sowie Schülerinnen und Schüler gleichberechtigt Stimmrecht haben.

Programme des Landes, die für solch eine Demokratiebildung stehen, wie das Landeszentrum Jugend und Kommune, **wollen wir in Zukunft weiterentwickeln und ausbauen.**

Sensibilisierung von Fachkräften in Kita, Schule und Jugendarbeit

Der **Kampf gegen antisemitisches, rassistisches und rechtsextremses Gedankengut und daraus folgende Gewalttaten ist von Beginn an in allen Bildungsangeboten konzeptionell zu berücksichtigen.** Entsprechend wollen wir diese Themen im Bildungsprogramm "Bildung elementar" für Kitas verstärkt verankern und in die Fortbildungskataloge der Fachkräfte einpflegen. Gleiches gilt für die Aus- und Fortbildung von Fachkräften in der Kinder- und Jugendarbeit sowie pädagogische Mitarbeiter*innen, Schulbegleiter*innen und Schulsozialarbeiter*innen an Schulen. An allen diesen Bildungsorten wollen wir Lernsituationen schaffen, die einen offenen und emphatischen Umgang mit dem vermeintlichen "Anders-Sein" von Menschen vermitteln.

Darüber hinaus ist beispielsweise das **Programm "Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage" weiter auszubauen und auf die Übertragung auf Kitas hin zu überprüfen.** Erste Erfahrungen mit "Kitas ohne Rassismus" existieren in Sachsen-Anhalt. Diese sind auszuwerten und für ein landesweites Programm nutzbar zu machen.

Ein besonderes Augenmerk sollte in der **Präventionsarbeit in formalen und non-formalen Bildungskontexten auf der gezielten Täterprävention** liegen. Hier müssen pädagogischen Fach- und Lehrkräfte stärker sensibilisiert werden, damit Vereinsamungstendenzen von

Kindern und Jugendlichen schneller erkannt werden. Denn soziale Isolation vergrößert die Gefahr, in einer alternativen, mitunter fiktionalen digitalen Welt zu leben. So lassen sich auch schleichende Radikalisierungsprozesse frühzeitig erkennen. Hierzu setzen wir auf Beratungsexpertise und Präventionsprogramme, die den Klassenzusammenhalt stärken und dabei insbesondere von sozialer Isolation bedrohte Kinder und Jugendliche erreichen.

Medienbildung

Radikalisierung und die Vereinnahmung durch antisemitische, rassistische sowie extrem rechte Verschwörungstheorien beginnen oft im Netz. Online-Foren und Imageboards in denen Hate-Speech quasi zum guten Ton gehört, sind das Einfallstor gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in die Kinder- und Jugendzimmer im Land. Eine **umfassende und kritische Medienbildung** ist essentiell, damit junge Menschen solche digitalen Orte frühzeitig in ihrer toxischen Qualität erkennen können. **Programme wie die Medienscouts wollen wir ausbauen.**

Medienbildung in Schulen wollen wir verstärken. Das Smartphone als mittlerweile nahezu exklusiver Weltzugang für die junge Generation hat auf dem Lehrplan der Schulen zu stehen und sollte in die landesweite Umsetzung der Strategie der Kultusministerkonferenz "Bildung in der Digitalen Welt" als wichtiges Medium innerhalb der Schule berücksichtigt werden. **Darüber hinaus wollen wir Medienbildung in der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte verstärken.**

Dass Anhänger gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit versuchen, in Szenen und Subkulturen einzufließen, geschieht im Fußball, im Kampfsport, in diversen Musikszenen und auch in der Gaming-Szene. Die Verantwortung der Szene und ihrer Akteure liegt darin, Diskriminierung aktiv entgegenzutreten und Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus keine Bühne zu bieten.

Christchurch Call unterstützen

Im März 2019 tötete ein Neuseeländer 51 muslimische Gläubige in Christchurch und streamte diese Terrorat ins Internet. Um die Verbreitung derartiger Inhalte im Netz zu verhindern, wurde der sogenannten Christchurch Call² initiiert. Die gemeinsame Erklärung verschiedener Regierungen und Digitalunternehmen, unter anderem auch von Facebook und des Twitch-Eigentümer Amazon, zielt darauf ab: „Transparente und zielgerichtete Maßnahmen zu ergreifen, um das Hochladen von terroristischen und gewaltsam-extremen Inhalten zu verhindern sowie deren Verbreitung auf sozialen Medien und ähnlichen Content-Sharing-Services zu unterbinden. Teil dieser Maßnahmen ist die umgehende und permanente Entfernung dieser Inhalte, unbeschadet der Rechtsdurchsetzung und Nutzungsbedingungen. Diese Maßnahmen sollen übereinstimmend mit Menschenrechten und Grundfreiheiten durchgesetzt werden“ (Zitat: Christchurchcall.com/ Neuseeländisches Außenministerium; Übersetzung: t3n). Auch das Land Sachsen-Anhalt sollte sich dem Aufruf anschließen und Maßnahmen zu dessen Umsetzung unterstützen.

² <https://www.christchurchcall.com/call.html>